

„Wer nicht fragt, bleibt dumm“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Lammert nutzt extrem häufig ein bestimmtes Mittel, um die Landesregierung zu kontrollieren

MAINZ. Seit 2001 sitzt Matthias Lammert aus Diez (Rhein-Lahn-Kreis) für die CDU im Landtag. Seitdem hat er 1548 Kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt (Stand Ende 2022). Über seinen enormen Wissensdurst spricht der Politiker im Interview.

Herr Lammert, so viele Kleine Anfragen an die Landesregierung – haben Sie nichts Besseres zu tun?

(lacht). Im Landtag sitzen einige fleißige Kollegen und Kolleginnen, die ebenfalls viele Fragen an die Landesregierung stellen. Das zeichnet nicht nur mich aus. Im Ernst:

INTERVIEW

Die Kleine Anfrage ist das wichtigste Informationsinstrument, das allen Parlamentariern zur Verfügung steht. Zudem sind Kleine Anfragen ein Kontrollmittel, gerade für die Opposition. Sie bieten die Möglichkeit, kurzfristig Sachverhalte zu erfragen. Es ist Aufgabe der Abgeordneten, Transparenz herzustellen und sich zu kümmern. Wer nicht fragt, bleibt dumm. Ich stelle aber nicht mehr so viele Anfragen wie früher.

Sie stellen häufig Anfragen zu Geschehnissen, bei denen die Polizei ermittelt – zu einer Frau, die einen Dackel in eine Dönerbude geworfen hat, zu gesprengten Geldautomaten, zu einem Ausländer, der bei einer Personenkontrolle randalierte, zur illegalen Migration. Trauen Sie den Ermittlungsbehörden nicht zu, ordentlich zu arbeiten?

Doch, das tue ich. Darum geht es gar nicht. Nur wer fragt, kann Sachverhalte richtig einordnen, nachhaken und den Finger in die Wunde legen. Unter der Ampel-Lan-



Kleine Anfragen an die Landesregierung sind Mittel, die den Landtagsabgeordneten helfen, an Informationen zu gelangen. Foto: dpa



Matthias Lammert
Foto: Katharina Müller

desregierung läuft nicht alles rund. Das muss man aufdecken und ansprechen. Ich bin Innenpolitiker durch und durch. Migration, Integration und Innere Sicherheit waren, sind und bleiben meine Themen: Ich war innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, war lange im Integrationsausschuss, habe Jura studiert. Ich frage aber auch zu anderen Themen, etwa zu Bildung.

Was bezwecken Sie mit den Anfragen?

Viele Bürger kommen mit Fragen auf mich zu. Wenn ich keine Antworten habe, stelle ich Kleine Anfragen und bekomme meist schnell eine Rückmeldung der Landesregierung, mit der man etwas anfangen kann. Wenn ich über die Ministerinnen und

Minister gehe, dauert es meist länger und die Antworten fallen oftmals dünner aus. Ein Grund für eine Anfrage kann auch sein, dass eine Behörde vor Ort nicht alle Maßnahmen ergriffen oder Mittel ausgeschöpft hat, die möglich gewesen wären. Dann hake ich nach, warum. Bei den Geldautomaten ist die Übersicht, wo sie überall gesprengt werden, spannend. Man kann da-

raus Schlüsse ziehen. Ich habe auch die Staatsangehörigkeiten der mutmaßlichen Täter abgefragt. Dabei kam raus, dass eine große Zahl aus den Niederlanden stammt. Dort gibt es Banden, die Geldautomaten im großen Stil aufbrechen.

Was folgt aus Ihren Anfragen, wenn Sie einen Fehler aufdecken oder einen Missetand?

Dann ruft die Landesregierung nicht bei mir an und sagt: Jawohl, Lammert, du hast einen Fehler gefunden, den korrigieren wir jetzt. Aber es gibt Effekte: Zum Beispiel habe ich eine Kleine Anfrage gestellt, als ich in einem Gebiet von extremem Drogenkonsum gehört habe. Es folgte dort eine große Razzia mit Festnahmen. In der Antwort der Landesregierung hieß es nur, man habe das im Blick. Interessant, denn zur Razzia kam es erst, nachdem ich nachgefragt hatte. So manche Antwort führt oftmals auch zu neuen Anfragen oder zu Initiativen der CDU-Fraktion.

Die Landesregierung und die Ministerien müssen die Anfragen beantworten. Sehen Sie eine Gefahr darin, dass, wenn die Anzahl der Anfragen überhandnimmt, es den Betrieb in den Behörden lähmt?

Die Bedenken werden seit

AKTUELLE LEGISLATURPERIODE

► Seit Mai 2021 wurden bereits **2223 Kleine Anfragen** gestellt (Stand 31. Januar 2023):

► Bei den Abgeordneten liegen **Jan Bollinger** (AfD, 208 Kleine Anfragen) und **Jenny Groß** (CDU, 195) vor Lammert (189).

► Aufgeschlüsselt nach Fraktionen, hat die CDU die meisten (1580). Es folgen AfD (458), Freie Wähler (252), Grüne (169), frak-

tionslos (35), SPD (26) und FDP (10).

► Berechnet man das Verhältnis Kleiner Anfragen einer Fraktion zur Anzahl ihrer Abgeordneten, sind es bei der AfD 57,2 Anfragen pro Kopf. Dahinter kommen CDU (51), Freie Wähler (42), Grüne (18,7), fraktionslos (17,5), FDP (1,6) und SPD (0,6).

ZUR PERSON

► Matthias Lammert, 54 Jahre, geboren in Tübingen, aufgewachsen in Diez (Rhein-Lahn-Kreis), hat in Mainz Jura und Politikwissenschaften studiert. Seit 2001 sitzt er für die CDU und den Wahlkreis Diez-Nassau im Landtag. Seit 2021 ist er **Landtagsvizepräsident**.

Jahren immer wieder angeführt, ja. Ohne Zweifel macht eine Anfrage einem Ministerium oder einer Behörde Arbeit. Manche Anfragen lassen sich schnell beantworten und bei manchen dauert es länger. Aber ohne die Informationen und Antworten, die Kleine Anfragen liefern, würde die parlamentarische und außer-parlamentarische Arbeit deutlich erschwert. Wir, das Parlament, sind als Legislative und nach unserer Verfassung die höchste Instanz. Die nachgeordneten Behörden, die Exekutive, müssen uns bei unserer Arbeit unterstützen. Natürlich binden Anfragen unter Umständen viele Kapazitäten einer Behörde. Damit es aber im Rahmen bleibt, gibt es in der Geschäftsordnung des Landtags klare Regeln für den Umgang mit Kleinen Anfragen.

Das Interview führte Elisabeth Saller.

ANFRAGEN

► Jeder Landtagsabgeordnete darf **Kleine Anfragen** stellen. Laut **Geschäftsordnung** ist jeder dazu angehalten, nicht mehr als 400 Kleine Anfragen in einer Legislaturperiode zu stellen. Eine Anfrage darf maximal sieben Fragen enthalten. Die Regierung muss sie innerhalb von drei Wochen beantworten.

► **Große Anfragen** an die Landesregierung können nur von einer Fraktion oder von mindestens acht Abgeordneten eingebracht werden.

Frankfurts Ex-OB Feldmann tritt aus der SPD aus

FRANKFURT (dpa). Vorwürfe gegen die Partei und Lob für die eigene Arbeit: Der in Kritik geratene und abgewählte frühere Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann tritt aus der SPD aus. Das kündigte der Politiker am Freitag an. „Liebe Genossinnen und Genossen, nach fast 50 Jahren in der SPD trete ich aus der Partei aus“, heißt es in einem Schreiben, in dem er noch einmal seine eigene Arbeit würdigt und Vorwürfe gegen Teile der Sozialdemokraten erhebt. „Mit der Kampagne gegen meine Person, haben Teile der Parteispitze die sozialdemokratische Gestaltung unserer Stadt aufs Spiel gesetzt und sind der CDU auf dem Leim gegangen.“ Er, so Feldmann, viele Tausende von ehrenamtlichen Stunden mit „Herzblut“ für seine Partei und deren Wahlkampagnen gekämpft. In Frankfurt habe man viel erreicht. Die Stadt sei durch den Mietpreisstopp oder auch gebührenfreie Kitas menschlicher geworden.

Neues Stadtoberhaupt wird am 5. März gewählt

Feldmann war am 6. November vergangenen Jahres mit einem Bürgerentscheid abgewählt worden. Auch seine eigene Partei hatte sich gegen ihn gestellt. Im Dezember war er wegen Vorteilsannahme in der Affäre um die Arbeiterwohlfahrt (Awo) zu einer Geldstrafe verurteilt worden, wogegen er Revision einlegte. Er hatte auch durch diverse Ausrutscher Sympathien verspielt, etwa als er bei der Europapokalfeier der Eintracht die Trophäe an sich nahm. Nach der Abwahl Feldmanns hatte seine Stellvertreterin, die Grünen-Politikerin Nargess Eskandari-Grünberg, die Amtsgeschäfte übernommen. Rund 508.000 Wahlberechtigte sind am 5. März dazu aufgerufen ein neues Stadtoberhaupt zu wählen. Feldmann war seit 2012 Oberbürgermeister.

Breites Bündnis gegen Armut

MAINZ (dpa). Nachbarschaftshilfe, Energieberatung oder Lebensmittel bei der Tafel - die vielen Puzzle-Teile sozialer Hilfen sollten nach Ansicht der neuen Vorsitzenden der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz enger miteinander vernetzt werden. „Wir brauchen einen Pakt gegen Armut und für Chancengerechtigkeit“, sagte Regine Schuster nach Übernahme der neuen Aufgabe. „Mehr als je zuvor müssen wir uns mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis um die Menschen kümmern, die in unserer Gesellschaft nicht ausreichend versorgt werden und keine Möglichkeit haben, auf bestimmte Strukturen zuzugreifen“, sagte Schuster.

Die stellvertretende Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland ist Nachfolgerin von Anke Marzi, der Vorstandsvorsitzenden des DRK-Landesverbandes Rheinland-Pfalz. In der Liga sind fünf Wohlfahrtsverbände zusammengeschlossen, neben dem Paritätischen und dem Deutschen Roten Kreuz sind dies die Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie. Die fünf beschäftigen zusammen mehr als 175.000 Menschen. Außerdem engagieren sich mehr als 40.000 ehrenamtliche Kräfte in den Wohlfahrtsverbänden in Rheinland-Pfalz.

Hilfe bei beruflicher Weiterbildung

Transformationsbegleiter betreuen bei Sorgen

MAINZ (dpa). Der Job klingt sperrig, der Bedarf ist groß: Transformationsbegleiter helfen Menschen in Rheinland-Pfalz bei der beruflichen Weiterbildung. In vier Modellregionen haben sie im Oktober und November die Arbeit aufgenommen. Einer von ihnen ist René Brüssow. „Ich mache das, weil ich glaube, dass das Thema Transformation der Arbeitswelt einen höheren Stellenwert genießen sollte als bisher“, sagt der 41 Jahre alte Mann aus Ludwigshafen.

Brüssow betreut derzeit rund 20 Menschen mit beruflichen Zukunftssorgen. „Die Mehrheit setzt sich aus Handwerksberufen zusammen – vom Gesellen, der gerade die Ausbildung beendet hat, über den Handwerksmeister bis zur Bürokauffrau in der Buchhaltung“, sagt der Transformationsbegleiter vom Dienstleistungszentrum Handwerk.

Das Arbeits- und Transformationsministerium von Alexander Schweitzer (SPD) ist Initiator des Projekts. Gründe für die eigene berufliche Weiterbildung gäbe es viele, stellt das Ministerium fest, von der

Einführung neuer technischer Verfahren über die Digitalisierung am Arbeitsplatz bis zu neuen Methoden, im Team zu arbeiten. Genauso vielfältig sei das Angebot an Fortbildung und Qualifizierung.

Aber welches passt? Transformationsbegleiter sind in Koblenz und Mayen beim BWRW Bildungswerk angesiedelt, in Mainz und Mainz-Bingen bei Arbeit&Leben und im Raum Pirmasens-Kaiserslautern bei Sefrin & Partner. Das Coaching ist kostenlos und wird vom Land übernommen. Für 2023 hat das Ministerium knapp 450.000 Euro eingeplant.

Rasche Veränderungen in der Arbeitswelt

„Ziel ist es, die Menschen in die Lage zu versetzen, die raschen Veränderungen in der Arbeitswelt als etwas durch sie selbst Gestaltbares wahrzunehmen“, sagt Ministeriumssprecherin Esther Höfler. Die Coaches sollen helfen, passende Qualifizierungen zu finden und diese möglichst reibungslos zu beginnen.

Mehr außerklinische Geburten

Immer mehr Eltern entscheiden sich dafür, ihre Kinder nicht in einem Krankenhaus zur Welt zu bringen

Von Elisabeth Saller

MAINZ. Eine Geburt in einem Geburtshaus oder zu Hause, das wünschen sich offenbar immer mehr werdende Eltern. In Rheinland-Pfalz steigen die Zahlen der außerklinischen Geburten, wie Albrecht Winkler, Referatsleiter für Krankenhausplanung, im Ausschuss des Landtags für Gleichstellung und Frauen am Freitag erläuterte. Seinen Angaben zufolge registrierte das Landesamt für Statistik für 2018 noch 208 Hausgeburten. Drei Jahre später waren es 340.

22 Geburtsstationen seit 2005 geschlossen

Insgesamt hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der außerklinisch begonnenen Geburten von 489 auf 596 erhöht. Von den 596 Geburten gab es neben den 340 Hausgeburten auch 256 Geburten in hebammengeleiteten Einrichtungen, präzisiert das Gesundheitsministerium auf Nachfrage. „Das ist schon ein Trend nach oben, aber auf niedrigem Niveau“, sagte Winkler. Insgesamt hat es 2021 mehr als 38.000 Geburten in Rheinland-Pfalz ge-



Wo soll unser Baby zur Welt kommen? In Rheinland-Pfalz wollen immer mehr Eltern, dass das in einem Geburtshaus oder zu Hause geschieht. Foto: dpa

ben. Bei der Sitzung ging es auf Anträge der CDU, SPD, Grünen und FDP auch um geschlossene Geburtsstationen. Nach Angaben von Winkler gibt es im Land aktuell 29 Geburtsstationen und vier Geburtshäuser. Seit 2005 haben 22 Geburtsstationen geschlossen, meist soll es sich dabei um kleinere Einrichtungen mit geringen Geburtszahlen gehandelt haben. Trotz dieser Entwicklung: „Die Versorgung von schwangeren Frauen ist si-

chergestellt“, sagte Winkler. Es würde von keinem Ort in Rheinland-Pfalz aus mehr als 40 Minuten Fahrzeit dauern, um eine Geburtsstation zu erreichen.

Wichtiger als die schnelle Erreichbarkeit sei die Qualität in den Kliniken. Häuser, in denen weniger Kinder zur Welt kommen, könnten nicht die gleiche Qualität erbringen wie größere Einrichtungen, erläuterte der Abteilungsleiter. Die SPD-Abgeordnete Jacqueline Rausch-

kolb verwies auf die Entscheidung der Eltern: „Die einen wollen Familienfreundlichkeit und kleinere Kliniken, die anderen wollen größere Kliniken mit angeschlossener Kinderklinik.“ Die Nähe zum Wohnort sei nicht immer ausschlaggebend für die Wahl des Geburtsorts.

„Die Versorgung von schwangeren Frauen ist sichergestellt.“

Albrecht Winkler, Referatsleiter für Krankenhausplanung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) sorgt laut Referatsleiter Winkler dafür, dass schwangeren Frauen überall genügend Gynäkologen zur Verfügung stehen: 23 von 28 KV-Gebieten in Rheinland-Pfalz seien sogar übertversorgt, sagte er. Kein Gebiet sei unterversorgt. Winkler sicherte unter anderem weitere Unterstützung der Hebammenzentralen zu, die es bisher in Daun, Trier und Mainz-Bingen gibt. Dort erhalten Familien unter anderem Hilfe bei der Suche nach einer Hebamme.